

Antrag

des Landes Rheinland-Pfalz

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und
Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts
(Haushaltsbegleitgesetz 1983)

Punkt 3 der 517.Sitzung des Bundesrates
am 26.November 1982

Der Bundesrat möge die in Ziffer 2 der Drucksache 452/1/82
empfohlene Stellungnahme mit der Maßgabe beschließen, daß im
letzten Satz des vorletzten Absatzes (Seite 3) das Wort
"abgelöst" durch das Wort "geändert" ersetzt wird.

Begründung:

Die vorgeschlagene Fassung dient der Klarstellung. Sie macht deutlich, daß die angestrebte Ergänzung des Familienlastenausgleichs durch eine steuerrechtliche Komponente die bisherige Regelung im Interesse einkommensschwacher Familien nicht völlig ersetzen soll.